

Energie-Control Austria

An den Vorstand
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Wien, April 20, 2012

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012

Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes!

Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum derzeit laufenden Marktregelprozess der Energie-Control Austria ("**ECA**") zum Begutachtungsentwurf Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 ("**GMMVO**").

Wir erlauben uns dazu im Detail wie folgt auszuführen und würden Sie um Ihre Berücksichtigung bei der abschließenden Verordnung ersuchen.

Die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 ("**GMMVO**") ist als Verordnung der Regulierungsbehörde nach § 41 GWG erlassen und hat dem Ziel eines effizienten Netzzuganges sowie einheitlicher Regeln zu dienen. Zusammengefasst, eine solche Regelung sollte präzise und eindeutig regeln, in welcher Form Marktteilnehmer sich am Gasmarkt verhalten müssen. Dies ist nicht der Fall.

Dazu im Einzelnen wie folgt.



§ 2 Abs 1 Z 13 GMMVO

Eine Verordnung zu einem Gesetz hat den Hauptzweck konkrete Durchführungsbestimmungen, Definitionen oder die Ausformung von Handlungsanweisungen klarzustellen. Zirkelbezüge wie in Ziffer 13 sind daher unzweckmäßig. Dies insbesondere dann, wenn es sich um einen so wichtigen und genau zu definierenden Begriff handelt, dessen Definition genau wie dessen Ausgestaltung den Markt erheblich beeinflussen.

Die Behörde ist hier dringend angehalten sowohl die Begriffsdefinition als auch die konkreten Ausgestaltungsregelungen präzise in der GMMVO zu regeln.

§ 3 Abs 2 GMMVO

§ 3 Abs 2 GMMVO sieht vor, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Kapazität "erforderlichenfalls" zu überprüfen sind. Wann ist eine Kapazitätserhöhung "erforderlich" in Sinne der VO? Wer trifft diese Entscheidung? In welcher Form sieht die ECA tatsächlich ein Weisungsrecht in § 35 GWG iVm § 3 VO vor – in anderen Worten: sollte die ECA zu der Auffassung gelangen, dass zu wenig Kapazität vorhanden ist, müssen dann die Fernleitungsnetzbetreiber einer Weisung der ECA zum Ausbau Folge leisten? Wenn nein – sind diese Bestimmungen kein gesetzlicher Rahmen sondern nur ein nicht durchsetzbarer Wunsch. Wenn ja, wie sieht das Verfahren aus, wenn sich die Fernleitungsbetreiber nicht an eine solche Weisung hielten?

Die Behörde ist hier dringend angehalten sowohl den Begriff "erforderlichenfalls" genau zu spezifizieren als auch - zumindest in den Erläuterungen zur GMMVO – Stellung dazu zu nehmen, ob es um ein Weisungsrecht in § 35 GWG iVm § 3 GMMVO handelt und in welcher Form die Nichteinhaltung solcher Weisungen geahndet wird.

Unabhängig von der unpräzisen Regelung ist darauf hinzuweisen, dass ganz eindeutig frei zuordenbare Kapazitäten gemäß § 3 Abs 1 GMMVO gefordert sind. Bei Lastflusszusagen handelt es sich um Vereinbarungen zwischen dem Fernleitungsnetzbetreiber und dem jeweiligen Kunden über eine vorherbestimmte

Regelung der Lastflusswege (genau das Gegenteil von frei zuordenbar) und bei Zuordnungsaufgaben handelt es sich um Beschränkungen der freien Zuordenbarkeit (ebenfalls genau das Gegenteil von frei zuordenbar). Es widersprechen sich hier Abs 1 und Abs 2 der GMMVO. Wir regen hier nachdringlich an tatsächlich frei zuordenbare Kapazitäten zu führen.

§ 3 Abs 3 GMMVO

Abs 3 spricht von einer Anzeigepflicht von Maßnahmen gemäß Abs Z 1 oder Z 2. In welcher Form darf der Fernleitungsbetreiber Zuordnungsaufgaben erteilen, welcher Zuordnungsaufgaben dürfen erteilt werden und in welcher Form würde die Behörde eingreifen, sollte der Fernleitungsbetreiber den Rahmen möglicher Zuordnungen überschreiten?

§ 3 Abs 4 GMMVO

Die Rückkaufverfahren sind als KANN-Bestimmungen formuliert – somit ist kein Marktteilnehmer verpflichtet einem Rückkauf zuzustimmen. Warum sollte so ein Rückkauf überhaupt notwendig werden – es können feste Kapazitäten ja überhaupt nur in einem Ausmaß verkauft werden, in welchem diese verfügbar sind?

Hat ein Rückkauf solcher Kapazitäten unter § 3 Abs 4 GMMVO über die Sekundärplattform zu erfolgen? In welcher Form wäre ein solcher Preis auch gedeckelt?

Sofern der Rückkauf nicht über die Plattform erfolgte, würde dies der GMMVO widersprechen und unabhängig davon sehr wahrscheinlich zu einem teuren Preis erfolgen – würde ein solcher dann in den Tarif der nächsten Jahre einfließen? Wenn ja, warum sollten die Marktteilnehmer aus einer Teuerung Nachteile haben, die wegen Rückkäufen erfolgt?

§ 3 Abs 5 GMMVO

Ein Kapazitätserhebungsverfahren auf der Onlineplattform müsste jedenfalls bereits spätestens im November 2012 endgültig funktionieren und eingerichtet sein um den gesetzlichen Vorgaben des Übergangs der Kapazitäten mit 01.01.2013 zu ermöglichen, da § 39 GWG die Zuweisung der Kapazität über die Online Plattform vorsieht und eine Zuweisung zwangsläufig erst nach einer Erhebung erfolgen darf.

Hat der derzeitige vorgesehene Marktgebietsmanager in verbindlicher Weise bereits mitgeteilt, dass mit November 2012 die Plattform voll funktioniert?

Aufgrund der bisherigen Informationen muss davon ausgegangen werden, dass der Marktgebietsmanager eine Frist bis zum November 2012 bzw. 01.01.2013 nicht halten kann (Stellungnahme der Gas Connect Austria, Stand 09.03.2012, S. 7). Wir regen hier an, dass dringend die Umsetzungsfrist verlängert wird, sodass zumindest bis Juni 2013 die Umsetzung erfolgen kann. Welchen Sinn hat es aus Sicht der ECA zu einem Heizmonat (Jänner 2013) umzustellen, wenn gerade in einem solchen Monat der Gasmarkt besonders störungsanfällig ist und Störungen weitreichend negative Folgen hätten?

Welche Konsequenzen hätten Verluste bei Marktteilnehmern, die aus einer nicht funktionierenden Plattform entstehen würden? An wen wären diesbezügliche Ansprüche zu richten: ECA oder Marktgebietsmanager?

§ 4 Abs 1 GMMVO

Solche Koppelungen gibt es derzeit keine (zB in Oberkappel mit den beiden deutschen Fernleitungsnetzbetreibern gibt es keine solchen Kopplungspunkte). Welche Auswirkungen hat es, wenn es hier keine Einigung zwischen zB deutschen und österreichischen Fernleitungsnetzbetreibern gibt? In welcher Form könnte hier die ECA auf privatrechtliche Vereinbarungen einwirken? Welche Seite (inländische oder ausländische) hebt den Tarif ein? Wie wird der gekoppelte Tarif berechnet – welche Parameter werden dafür herangezogen? In welcher Form müssen/können/dürfen aus- und inländische TSOs zusammenarbeiten?

§ 4 Abs 2 GMMVO

Dieser Absatz sieht verpflichtende Formulierungen für Buchungsseiten (zB Deutschland-Österreich) vor. Eine VO hat jedoch nur inländische Gültigkeit, sodass primär hier eine einseitige Vermarktungsbeschränkung für inländische Fernleitungsnetzbetreiber eingeführt wird; in anderen Worten: sofern auf der deutschen Seite Altverträge bestehen (was niemals falsifiziert werden kann, da dazu beide deutschen Netzbetreiber ihre Vertragsdaten offenlegen müssten und davon auszugehen ist, dass dies nicht geschieht) könnten gar keine Bündelungen vorgesehen werden. Was passiert in einem solchen Fall?

Es ist weiters nicht geregelt welcher der Fernleitungsnetzbetreiber (in Oberkappel drei verschiedene) nachfolgend die gebündelte Kapazität vermarktet und in welcher Form die anderen Netzbetreiber entschädigt werden/ welches Recht anzuwenden sein wird, wie ein Verfahren bei unzulässigen Vergaben ablaufen sollen, etc.¹ Welche Regelungen bzw Vorschläge bestehen diesbezüglich zB in Deutschland? In welcher Form ist hier ein zeitlicher Plan bzw Implementierungsschema seitens der ECA vorhanden, wie es die FG CAM¹ vorsehen?

§ 6 Abs 1 GMMVO

Der Absatz regelt die Verpflichtung der Versteigerung von Kapazitäten vor dem 01.01.2013. Folgende wesentliche Aspekte sind allerdings nicht geregelt:

- Die Form der Versteigerung,
- in welcher Form eine Zuweisung bzw eine Versteigerung erfolgt,
- in welchem Verhältnis und wie standardisiert die Produkte sind;

Hinsichtlich der Vergabe von Kapazitäten, sei es durch Primärzuweisung aufgrund historischer Daten oder sekundär durch Handel auf der Plattform, liegt in der derzeitigen ungenauen Regelung (de facto Nichtregelung) massives Gefahrenpotential.

Sofern die Zuweisungs- und Auktionsplattform tatsächlich Börse/ bzw versteigerungsartig funktionieren soll, ist nach den sich derzeit am Markt befindlichen Informationen die Entwicklungszeit bis November 2012 für ein solches System für den Marktgebietsmanager zu wenig Zeit, um ein sicheres System gewährleisten zu können (siehe dazu auch Stellungnahme der Gas Connect Austria, Stand 09.03.2012, S. 7 ua).

¹ Framework Guidelines on Capacity Allocation Mechanisms for the European Gas Transmission Network August 3, 2011; section 3.3: "*The network code(s) shall set out that adjacent Transmission System Operators establish a **joint, anonymous, web-based platform for primary capacity allocation and secondary capacity trading**. All capacity connecting their systems is to be allocated via this platform, unless allocated by means of implicit auctions. Primary and secondary capacity services shall be offered and allocated jointly on this platform. The network code(s) shall lay down an action plan to reduce the number of platforms and eventually establish a single EU-wide platform. **This plan shall define interim steps and shall include a timetable for implementation.***"

Durch die zu kurze Umsetzungsfrist verhindert die ECA die Einführung eines funktionierenden Systems und zwingt den Marktgebietsmanager dazu ein System der Versteigerung zu wählen, welches grundsätzlich kein Auktionsverfahren darstellt: nämlich etwa in Form des Suchverfahrens; dh unter Umständen das Capacity Bulletin Board weiterzuverwenden – was aber nicht eine Auktion in Sinne europarechtlicher Vorgaben² darstellt. Eine Gleichbehandlung und Marktsicherheit kann nur dann bestehen, wenn bereits im November/Dezember 2012 Testläufe für alle Kapazitätsprodukte auf der online Plattform gefahren werden können, sodass ein reibungsloser Start 2013 möglich ist. Aufgrund der Stellungnahmen der GCA ist aber davon auszugehen, dass dies unmöglich ist.

Des Weiteren sind die Vorgaben für Produktarten und Laufzeiten nicht vorhanden – die Angaben in § 9 GMMVO sind dazu unzureichend, da ein massengeschäftstaugliches automatisches System voraussetzt, dass gewisse Vorgaben (Produktstandards wie Menge und Dauer) vorgegeben werden und nicht unstandardisiert (jeder bietet an was er nicht mehr braucht für die die nicht gewollte Zeit). Letzteres ist nicht massengeschäftstauglich!

§ 6 Abs 2 GMMVO

Die Einteilung in Klassen macht aus unserer Sicht für den Markt wenig Sinn. Zusätzliche Gebühren würden dadurch in der Handelskette weiterverrechnet werden und daher am Ende den Endkunden treffen. Welchen positiven Effekt verspricht sich die ECA von der Zulassung von Klassen? Wie würde eine solche Klasse ausgestaltet werden, da im derzeitigen System eine Einschränkung nicht nach dem Zeitpunkt der Buchung, sondern prozentuell erfolgt?

Sofern im Rahmen der kurzfristigen UIOLI Kapazitäten frei werden, sollten diese, sofern ein Marktteilnehmer, der bereits unterbrechbare Kapazität gebucht hat, diese dann erwirbt, wie folgt verwendet werden dürfen: (i) seitens des Erwerbers voll gegen die unterbrechbare Kapazität getauscht werden (dh die Kosten für unterbrechbare Kapazität werden rückvergütet/angerechnet), (ii) seitens des Erwerbers teilweise gegen die unterbrechbare Kapazität getauscht werden (dh die

² Framework Guidelines on Capacity Allocation Mechanisms for the European Gas Transmission Network August 3, 2011; section 3.1.1: "*The network code(s) shall set out the principles of **anonymous**, transparent online-based auction procedures, which should **avoid any abuse of a dominant market position**.*"; siehe dazu auch § 11 Abs 1 letzter Satz der GMMVO.

Kosten für unterbrechbare Kapazität werden teilweise rückvergütet/angerechnet), oder (iii) der Erwerber kann die Kapazität zusätzlich zu seiner bisherigen unterbrechbaren Kapazität halten.

Aus unserer Sicht wäre ein System zu bevorzugen, welches (nachdem feste Kapazitäten nicht genutzt werden und daher verloren gehen) vorsieht, dass unterbrechbare Kapazitäten nach dem first come – first served Prinzip bedient werden. Dies aus folgendem Grund: bei der derzeitigen strategischen Überbuchung muss nach einer Nichtnutzung all jenen, die das Risiko der Unterbrechung eingegangen sind und eine solche Kapazität buchten, entsprechende Kapazität zugeteilt werden.

Aufgrund der Erfahrungen auf europäischer Ebene der letzten Jahre zeigt sich, dass sich dieses System bewährt hat und im Rahmen eines strengen UIOLI verbessert werden könnte; ausschließlich unter der unrealistischen Annahme eines Marktes in welchem die Teilnehmer nicht ihren Eigennutzen maximieren, bucht jeder Teilnehmer auch nur solche Kapazitäten fest, die auch von ihm benötigt werden – dh es wären grundsätzlich genügend Kapazitäten frei; solch einen Markt gibt es nicht, da eine ökonomische Grundkonstante die ist, den Eigennutzen zu maximieren und dazu alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

§ 8 Abs 2 GMMVO

Der Entwurf hinsichtlich einer Auffüllregelung ist sehr begrüßenswert. Es ist allerdings unklar, was geschieht, wenn eine Grenze von 35% mit bis zu 4-jährigen Verträgen erreicht ist. Würde diese Verpflichtung nur einmal bestehen und nach dem einmaligen Erreichen wegfallen und dann nur mehr die 20% (<1Jahr) und die 65% (>4Jahre) bestehen bleiben? Es wird weiters vorgeschlagen, dass vor der Zahl 35 das Wort "mindestens" eingefügt wird. Es ist weiters anzuregen, dass eindeutig klargestellt ist, dass die 65% (>4Jahre) nur eine Maximalregel darstellen und nicht als unbedingt auszureizende Größe verstanden wird. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der Marktteilnehmer möglichst kurzfristige Verträge anstrebt – warum wird seitens der ECA daher die Festlegung genau in die gegenteilige Langfristrichtung gelegt; wir regen daher an die Grenzen deutlich niedriger anzusetzen, sodass maximal 40% der Verträge länger als auf 4 Jahre vergeben werden dürfen.

Soweit derzeit für alle Marktteilnehmer ersichtlich hält die OMV zu Gunsten der AGGM bzw des Marktes die Verträge zB mit der BOG für Oberkappel. Im Rahmen der verpflichtenden Überführung von Kapazitäten werden in einem ersten Schritt die Verträge dahingehend geändert, dass Entry-Kapazität und Exit-Kapazität getrennt werden müssen und Exit-Kapazität bei der AGGM verbleibt. Es ist daher keinesfalls so, dass hier eine Vertragsübernahme/ Vertragsübergabe identischer Verträge von der OMV/BOG an die Versorger/BOG erfolgt, sondern sind die zu überführenden Kapazitäten im Rahmen von völlig neuen Verträgen zu überführen.

Im Sinne der europarechtlichen und gesetzlichen Vorgaben ist daher hier bei der Weitergabe bereits mitzuberücksichtigten, dass Kapazitäten am Sekundärmarkt handelbar sein müssen. Nur standardisierte Produkte sind handelbar.

20-30 jährige Verträge, bei denen zwar die theoretische Möglichkeit einer Weitergabe (zB Subletting) besteht, entsprechen nicht den Vorgaben (leichte Handelbarkeit, liquider Sekundärmarkt, Belebung des Wettbewerbs). Ganz im Gegenteil – je länger Laufzeiten sind und je unflexibler die Ausgestaltung der Vertragsweitergabe, desto unflexibler der Markt und desto geringer der Wettbewerb.

In welcher Form stellt sich die ECA eine Weitergabe der Kapazitäten vor und wie genau soll der daran anknüpfende Sekundärmarkt dann damit handeln?

§ 8 Abs 3 GMMVO

Dieser Absatz sieht eine Abstimmung der Laufzeiten mit den Nachbarländern vor – dies wohl auch in Zusammenschau mit den gebündelten Produkten. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine Regelung ohne Absprachen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Mehrkosten führt, da ohne Absprachen mit Sicherheit Nachbarländer unterschiedliche Produktlängen und –mengen festlegen werden.

Welche Absprachen bestehen derzeit zB für Oberkappel? In welcher Weise kann die ECA darauf Einfluss nehmen – bzw welches Weisungsrecht kommt der ECA hier zu?

§ 8 Abs 4 GMMVO

Dieser Absatz sieht nun eine Regelung auch für deutsche Marktteilnehmer vor. Eine VO hat jedoch nur inländische Gültigkeit, sodass hier eigentlich die Regelung getroffen werden müsste, dass die mit den ausländischen Marktteilnehmern zu schließenden Verträge diese Situation beinhalten müssen. Da allerdings noch keine verpflichtenden europarechtlichen Regelungen bestehen, die sowohl In- als auch ausländische Marktteilnehmer binden, geht diese Regelung bis zu solchen Regelungen ins Leere. Auch diese Formulierung sollte vor dem Hintergrund nochmals überdacht werden, dass ein "regulatorisches Front-Running" mehr Probleme schafft, als es einer Förderung des Wettbewerbs nützt. Es ist dringend anzuraten erst die europäischen Regelungen abzuwarten bevor ein ganzer Markt umgestellt wird. Es ergibt sich keinerlei gesetzliche Verpflichtung der ECA vor den europäischen Regeln ein eigenes unsicheres System einzuführen – ganz im Gegenteil: die Aufgabe der ECA ist es wohl die sicherste Form für den österreichischen Markt unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben zu schaffen. Da es noch keine europäischer Vorgaben gibt, besteht auch noch keine Handlungspflicht/-notwendigkeit seitens der ECA.

§ 9 Abs 1 GMMVO

Es ist dringend anzuregen, dass die Kapazitätsprodukte derart gestaltet werden, dass sowohl primär zugeteilte Kapazitäten als auch sekundär weiterveräußerte Kapazitäten innerhalb der gleichen Plattform börseartig gehandelt werden. Dies hätte den großen Vorteil, dass sich unabhängig vom Verkäufer/Anbieter/Vermarkter der Kapazität der Preis immer nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage richten würde und standardisierte Produkte auf einem liquideren Gesamtmarkt vorhanden wären und nicht auf zwei (wahrscheinlich) illiquide Teilmärkte verteilt wären.

§ 9 Abs 2 GMMVO

Nicht nur "Erwerb" sollte erfasst sein, sondern auch der "Verkauf" daher ist das Wort "Erwerb" durch das Wort "Handel" zu ersetzen. Oder gibt es hier einen Grund nur den Erwerb zu erfassen?

§ 9 Abs 6 GMMVO

Absatz 6 sieht nun vor, dass gekoppelte Kapazitäten auf anderen Plattformen vergeben werden. Die Anforderungen an solche Plattformen sind allerdings mit dem allgemeinen Hinweis auf die Notwendigkeit der Erfüllung von "Anforderungen wie unter der GMMVO" zu wenig detailliert. Im Sinne der Sicherheit und Transparenz wird angeregt seitens der ECA zu formulieren, welche Anforderungen eine solche Plattform genau haben muss. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund notwendig, dass eine solche Plattform zukünftig sehr wahrscheinlich in Form eines Joint Ventures oder ähnlicher Struktur zwischen österreichischen und den jeweiligen ausländischen TSOs betrieben würde (gemeinsame Vermarktung von gekoppelten Kapazitäten) und daher insbesondere die Notwendigkeit besteht, einen möglichst eindeutig festgelegte Vorgabenkatalog für einen solchen internationalen Vermarkter aufzustellen, da direkte Auswirkungen auf die Möglichkeit inländischer Marktteilnehmer hinsichtlich deren Kapazitätsbuchungsmöglichkeiten besteht.

§ 10 Abs 1 GMMVO

Die Festlegung eines problematischen caps im Vorentwurf wurde gestrichen. Den vermutlichen Hintergedanken des caps: Verhinderung des Handels durch Einstellen wesentlich überhöhter Angebote iVm mit der Verhinderung strategischer Buchung könnte man einfacher, durch ein verschärftes UIOLI sicherstellen. Ein solches verschärftes UIOLI könnte noch dadurch ergänzt werden, dass man zusätzliche Gebühren zu leisten hat, wenn man zwar verhindert hat, dass man Kapazitäten verliert aber diese tatsächlich weniger als 90% nutzte. Ein solche Regelung fehlt allerdings noch in § 12, weshalb nunmehr die Gefahr des strategischen Anbietens von Kapazitäten zu überhöhten Preisen auch weiterhin gegeben ist und das strategische Halten sogar noch erleichtert wird.

§ 10 Abs 2 GMMVO

Was wird unter Suchverfahren genau verstanden? Soll mit dem Suchverfahren das bisherige Capacity Bulletin Board fortgeführt werden dürfen? Sogar wenn dieses Capacity Bulletin Board anonymisiert wird genügt es immer noch nicht der Vorgabe der Massengeschäftstauglichkeit (§ 12 der GMMVO). Ein "Suchverfahren (Schwarzes Brett – Emailaustausch)" entspricht nicht dem Grundprinzip der

Auktion/Versteigerung – es ist daher grundsätzlich nicht unter den Auktionsverfahren zu führen. Es stellt sich weiters die Frage, warum es zwei Verfahren geben sollte? Ein Auktionsverfahren welches börseartig dem Höchstbietenden automatisch den Zuschlag erteilt, ermöglicht kaum Spielraum für Umgehungen. Ein Suchverfahren, das sowohl Menge als auch Preis und Laufzeit offen lässt, bietet allerdings einige Möglichkeiten auf die Zuschlagserteilung bereits vorab durch Abstimmung von Angebot und Nachfrage Einfluss zu nehmen. Es ist daher auch an dieser Stelle auf die Vorteile einer börseartigen Auktionsform (Versteigerung) vor allem vor europarechtlichen Vorgaben (Transparenz, uneingeschränkter Wettbewerb, etc) hinzuweisen.

§ 11 und § 12 GMMVO

Die Regelung eines UIOLI Prinzips ist jedenfalls zu begrüßen. Da allerdings in der gewählten Formulierung der ECA so viele Ausnahmen vorgesehen sind, mit welchen ein zB 'strategisch feste Kapazität buchender Marktteilnehmer' sich diese erhalten kann, obwohl er nach grundsätzlichen UIOLI Regeln diese verlieren würde, ist generell anzumerken, dass das hier vorgeschlagene System so nicht funktionieren kann und dazu führt, dass in wenigen bis keinen Fällen Marktteilnehmer Kapazität verlieren werden. Darüber hinaus ist es unzulässig einer privaten Gesellschaft ein Enteignungsverfahren aufzubürden, in welchem die betroffenen Enteigneten keinen Rechtsschutz durch eine Berufungsinstanz geschweige denn die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts hätten oder ein sonstiger Rechtszug gegen eine solche Entscheidung offenstünde.

§ 11 GMMVO

Was bedeutet "technische Jahreskapazität"? Bezieht sich der Wert auf historische Daten? Auf wie viele Teilnehmer wären dann überhaupt noch Abs 3 bis Abs 6 anzuwenden? Der TSO sieht nur die Nominierung durch den BGV – somit entstehen dem BGV nochmals Mehrkosten dadurch, dass dieser Sub-Bilanzgruppen bilden und melden muss, sofern er im Rahmen der 10% Ausnahmeregelung betroffen ist.

§ 12 GMMVO

§ 12 sieht vor, dass der Fernleitungsnetzbetreiber teilweise oder zur Gänze Kapazitäten entziehen darf. Ein solches Enteignungsverfahren bedarf einer verwaltungsrechtlichen Regelung in welcher unter anderem eindeutig Parteirechte etc klar definiert und geregelt sind, sowie eine Überprüfung der Entscheidung zumindest in zweiter Instanz durch eine Berufungskommission (Tribunalqualität sonst Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren und den gesetzlichen Richter) gegeben sein muss. Hier bestehen massive verfassungsrechtliche Bedenken gegen solche Enteignungsdurchführungen, die große Unsicherheit, lange Verfahrensdauern und ein unflexiblen Markt zur Folge hätten. Es ist dringend anzuraten, dieses Risiko bereits vorab zu eliminieren und einen ganz klaren Verfahrensweg vorzusehen. Auch der Gedanke die Möglichkeit des Entzugs von Kapazitäten in den privatrechtlichen Vertragsbereich anstelle des öffentlichrechtlichen Verfahrensbereichs zu schieben ist nachteilig, da sich eine Gleichbehandlung von Marktteilnehmern unter dem Grundsatz der Vertragsfreiheit nicht in dem europarechtskonformen Rahmen für Kapazitätsallokation durchsetzen und überprüfen lässt. Es ist daher dringend anzuraten, dass die ECA selbst im Rahmen ihrer hoheitlichen Bescheidsgewalt mit Bescheid Kapazitäten entzieht und eine zweite Instanz zur Überprüfung vorgesehen wird.

§ 12 Abs 3 GMMVO

Die Ausnahmen sind so weit gefasst, dass kaum Fälle übrig bleiben werden, in welchen tatsächlich Kapazität zu entziehen sein wird. Dies hebt die Regulierung des UIOLI völlig aus und ist daher unserer Ansicht nach zu streichen. Die Überlegungen hierzu sollten unbedingt in Zusammenschau mit den Längen der Kapazitätsverträge stattfinden – kurzfristige Verträge können leichter "enteignet" werden als langfristige, insbesondere sind die Konsequenzen zeitlich limitiert, was bei zB 20-30 jährigen Verträgen nicht der Fall wäre. De facto wird bei einer solchen Ausnahmengestaltung kein einziger der Kapazitätshalter diese verlieren, da sich die Kontrolle der Ausnahmen durch den TSO nicht vornehmen lässt, da ihm hierzu erstens keine hoheitliche Gewalt zur Verfügung steht und zweitens eine solche Kontrolle in den regulierten Bereich eines Verwaltungsverfahrens mit entsprechenden Parteirechten gehört – niemals jedoch in den privatrechtlichen Bereich.

2.2 Bilanzierungsregeln

Bei einer Umstellung auf eine Tagesbilanzierung ist von erhöhten Ausgleichsenergiekosten auszugehen, die auf den Endverbraucher umgewälzt werden würden. Dies widerspricht klar den gesetzlichen Vorgaben des GWG.

Um Ausgleichsenergiekosten niedrig zu halten, sollten Vorteile aus dem Netting von bereitgestellter und benötigter Ausgleichsenergie an die Endverbraucher weitergegeben werden. Dies wäre der Fall in einem „Helper/Causer“-System, wie es in den Niederlanden im Rahmen des dritten Liberalisierungspakets letztes Jahr eingeführt wurde. Somit könnte verhindert werden, dass Ausgleichsenergiekosten exorbitant ansteigen und zusätzliche Kosten für den Endverbraucher verursachen.

3. Conclusio

Zusammenfassend dürfen wir daher nochmals unseren Vorschlag wiederholen, ein strengeres UIOLI Regime einzuführen und erlauben uns nochmals folgenden Vorschlag zu platzieren:

Vorschlag einer rechts- und marktkonformen Kapazitätsallokation

Adapted Auction Mechanism

Folgender Mechanismus sollte zur Kapazitätsvergabe eingeführt werden:

Step 1:

Die zu Gunsten des Marktes gehaltene feste Kapazität (OMV/AGGM) wird basierend auf der tatsächlichen bisherigen Nutzung der (firm und interruptible) Kapazität den Marktteilnehmern angeboten, welche in den letzten 3 Jahren (2009-2011) im Durchschnitt die am jeweiligen Punkt zur Verfügung stehende Kapazität tatsächlich nutzten (firm oder interruptible) – USED IT OR LOSE IT¹. Dies wird vierteljährlich basierend auf dem

zurückliegenden Durchrechnungszeitraum von gleichbleibend 3 Jahren wiederholt - USED IT OR LOSE IT³.

Step 2:

Die nicht angebotenen Kapazitäten bzw. die nicht angenommen Kapazitäten aus Step 1 werden im nächsten Schritt im Rahmen einer Auktion versteigert. Teilnahmeberechtigt sind alle Marktteilnehmer. Die Preisbildung erfolgt durch Angebot und Nachfrage abgesichert durch eine strenge Auktionsüberwachung (Verhinderung von abgestimmtem Vorgehen oder Absprachen, etc).

Vorteile:

- + Die Kapazitäten würden in einem ersten Schritt den Unternehmen zugeteilt, die diese auch tatsächlich benötigen/benötigten.
- + Aufgrund der kostenlosen Zuteilung würde die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Wettbewerb erhalten bleiben.
- + Marktteilnehmer, welche Kapazitäten nur aus strategischen (aber nicht aus operativen) Gründen hielten, verlieren diese und es fällt somit eine Marktzutrittsbarriere weg.
- + Neuen Unternehmen wird es ermöglicht sich im Rahmen des Step 2 feste Kapazitäten zu sichern, so zu einer Verbesserung des Wettbewerbs mit sinkenden Preisen für den Endverbraucher beitragen und gleichzeitig würde aus europarechtlicher Sicht eine Marktzutrittsbeschränkung in rechtskonformer Weise wegfallen.
- + Durch den zweigeteilten Mechanismus werden im Step 1 positive Anreize für Unternehmen geschaffen, die Kapazitäten voll zu nutzen (damit ihnen diese in der nächsten Vergaberunde wieder angeboten werden).
- + Durch den zweigeteilten Mechanismus werden im Step 2 positive Anreize für den Marktplatz Österreich geschaffen. Dies geschieht

³ USED ist bewusst in der Vergangenheitsform gewählt

durch den Verkauf freier Kapazitäten zu einem fairen Marktpreis, wodurch Einnahmen erzielt werden. Diese Einnahmen sollten direkt zur Verbesserung des Systems verwendet werden. Dadurch wäre die genaue Einhaltung der Kapazitätszuteilung gesichert.

Fazit

Zusammenfassend dürfen wir daher festhalten, dass es aus unserer Sicht nur dann zu einem fairen und effizienten Wettbewerb hinsichtlich der Kapazitäten und einem daraus resultierenden stärkeren Wettbewerb mit positiven Auswirkungen für Endverbraucher (sinkender Preis) kommen kann, wenn seitens des Regulators ein präzise geregeltes Auktionsverfahren (tatsächliche Versteigerungen statt "Vermittlung von Mailanfragen") für die Zuteilung von Kapazitäten eingeführt wird, welches oben skizzierten Eckpunkten folgt.

Mit freundlichen Grüßen



CE Gas Marketing & Trading GmbH